

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
(Dienstag und Freitag).
Abonnementspreis
die vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wochenblatt

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
(Dienstag und Freitag).
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

für
Wilsdruff, Tharaudt,

Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.
Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meissen, das Königl. Gerichtsamt und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Nr. 89.

Freitag, den 8. November

1878.

Bekanntmachung.

Da nach Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli dieses Jahres, die directen Steuern betreffend, die Erhebung der Gewerbe- und Personalsteuer mit dem 1. Januar 1879 in Wegfall kommt, macht sich in denjenigen Gemeinden, in welchen die **Gemeindeanlagen** zeither nach dem Fuße der Gewerbe- und Personalsteuer erhoben worden sind, eine Revision der bezüglichen Anlagenregulative nothwendig. Die Gemeindebehörden des hiesigen Verwaltungsbezirkes werden hierauf mit der Veranlassung aufmerksam gemacht, soweit nöthig diese Revision unter Beachtung der Bestimmung in § 22 der revidirten Landgemeindeordnung alsbald vorzunehmen und die abgeänderten Regulative behufs der Bestätigung noch vor Ablauf dieses Jahres anher einzureichen.
Meissen, den 6. November 1878.

Königliche Amtshauptmannschaft.
von Boffe.

Bekanntmachung.

Bis spätestens den 15. dieses Monats ist

der II. Termin Einkommensteuer,
der IV. " städtische Anlagen und
der II. " Rathsgeschöß

an hiesige Stadtkämmerei zur Abführung zu bringen.
Wilsdruff, am 1. November 1878.

Der Stadtgemeinderath das.
Ficker, Brämstr.

Gegen das Tabaksmonopol

hat sich jetzt auch der Ende October in Berlin abgehaltene 8. deutsche Handelstag ausgesprochen. Mit Recht war der Referent Kopper-Mannheim der Ansicht, daß die Frage des Monopols, dessen Gemeenschädlichkeit gewiß allseitig von der Versammlung anerkannt wurde, durch die angeordnete Enquete nicht beseitigt worden sei, denn zu einer bloßen Steuerrückbildung bedürfe es keiner Enquete. Er begnügt sich deshalb mit dem Ausdruck eines entschiedenen Protestes gegen die Einführung des Tabaksmonopols im deutschen Reiche und beantragte folgende, nebst einem vom Handelskammerpräsidenten Homberger-Gießen vorgeschlagenen Zusatz nahezu einstimmig angenommene Resolution:

„Die Einführung des Tabaksmonopols im deutschen Reiche ist verwerflich und mit aller Energie zu bekämpfen, weil dadurch die ausgebreitete Tabaksproduction in bedenklicher Weise geschädigt, die in allen Theilen des deutschen Vaterlandes weit verzweigte Tabak- und Cigarrenfabrication, sowie die damit in Zusammenhange stehenden Industriezweige und eine sich auf das Inn- und Ausland weit ausdehnende hochwichtige Handelsstätigkeit zu Grunde gerichtet, zahlreiche Familien existenz- und Hunderttausende von Arbeitern brotlos gemacht würden. Der deutsche Handelstag protestirt deshalb mit aller Entschiedenheit gegen die Einführung des Tabaksmonopols im deutschen Reiche und ersucht das Präsidium dem hohen Bundesrath von diesem Protest Kenntniß zu geben mit dem ausdrücklichen Bemerkten, daß in diesem nur gegen einen Steuermodus gerichteten Protest keine indirekte Empfehlung einer andern Besteuerungsart zu erblicken ist.“

Tagesgeschichte.

Widersprüche in der deutschen Wirthschaftspolitik werden aufgedeckt in einem längeren Artikel des „Pol. Tagebl.“. Die deutsche Regierung hat bekanntlich die erste Anregung zur Begründung des Weltpostvereins gegeben und durch glückliche Vollendung des Werkes einen sehr wichtigen Culturfortschritt, eine sehr bedeutende Erleichterung und Förderung des friedlichen Verkehrs der Nationen, ein wichtiges Mittel zur Annäherung derselben unter einander geschaffen, wie damals im Reichstage rühmend hervorgehoben wurde. Die Beförderungskosten, dies ist der Grundgedanke des Weltpostvereins, vervielfachen sich nicht mehr auf der Grundlage der Meilenzahl der Beförderung; ein Brief, eine Drucksache, ein Handels- und Geschäftspapier zahlt für die Beförderung von Berlin nach Charlottenburg. Das 10-Pfd.-Paket wird bereits aus der Schweiz und Dänemark (vom 1. Novbr. ab auch aus Belgien) für 80 Pf. nach Deutschland befördert, nach und von Oesterreich-Ungarn sollen die 10-Pfd.-Pakete künftig für 50 Pfg. befördert werden, bisher betrug dieses Porto bis zu 270 Pfg. Unläugbar wird durch die Ermäßigung der Waarenaustausch zwischen beiden Ländern erheblich gefördert werden, nicht zum wenigsten wird dies auch dem billigen Bezug von Obst und Weintrauben aus Tyrol und Ungarn zum Vortheil gereichen. Während dergestalt sich Herr Stephan in vollem Einklang mit dem Reichskanzler um den Bezug ungarischer Früchte nach Deutschland sehr verdient macht, kommt aus dem Ressort des Handelsministers Maybach ein Rescript, welches angeblich im Interesse der deutschen Obst- und Weincultur den Eisenbahnen untersagt, die Tarife für Einfuhr von ungarischen Weintrauben und Obst anders und niedriger zu stellen, als sich aus der Vervielfachung der Meilenzahl auf Grund der bestehenden inländischen Tarife ergibt. Für Herrn Stephan's der bestehenden inländischen Tarife kommt also die Meilenzahl gar nicht in Betracht, für

Herrn Maybach umgekehrt nur die Meilenzahl. Herr Maybach verlangt, daß die ungarischen Trauben in Centnern nach Berlin mehr Fracht bezahlen, als beispielsweise Trauben von der schlesischen Grenze bei Oderberg; Herr Stephan dagegen verlangt von den Trauben in 10-Pfund-Paketten nicht mehr Fracht, als wenn sie statt aus Ungarn nur aus Charlottenburg kämen. Offenbar handelt auch Herr Maybach in Uebereinstimmung mit den Ansichten, welche Fürst Bismarck über Differentialtarife in jener bekannten Märzsession des Abgeordnetenhanjes entwickelte, die Herrn Achenbach veranlaßte, den Platz im Handelsministerium Herrn Maybach zu räumen. In Berlin und anderwärts ist bisher viel ungarisches Obst verzehrt worden. Schwerlich wird man nun den Versuch machen, die Weinberge bei Berlin, auf denen nach gelehrten Forschungen zuletzt die deutschen Tempelritter in Ermangelung von Post und Telegraphie ihre Reben pflanzten, „im Interesse der deutschen Obstcultivir“ wieder anzubauen; entweder wird man in den Kreisen, wo die ungarischen Trauben bisher als ein verhältnißmäßig billiger Leckerbissen gehalten, den Weintraubengenuß überhaupt einschränken, oder es wird sich, Dank Herrn Stephan, ein recht reger 10-Pfund-Postpaketverkehr mit Weintrauben entwickeln. Vermehrung der Packtzahl und Vermehrung der Umstände der Verpackung und Beförderung wird also wesentlich das praktische Ergebnis der von zwei Gegenseiten sich entgegenarbeitenden Tagespolitik zweier verschiedenen Departements für das Publikum sein. Die Post wird bei der erheblichen Mühe der Annahme und Ausgabe der 10-Pfund-Pakete ihre Ueberschüsse nicht vermehren, aber am Schlechtesten kommen doch die Eisenbahnen fort. Herr Maybach verbietet ihnen, ungarische Trauben so billig zu transportiren, wie sie im Interesse großer Transportaufgaben transportiren möchten, und Herr Stephan wird die Eisenbahnen zwingen, auf Grund des bekannten Postgesetzes seine 10-Pfund-Pakete mit Trauben aus Ungarn umsonst zu befördern. Es ist Zufall, daß grade bei den Weintrauben die Widersprüche der neueren Bismarck'schen Verkehrs-politik, des alten Postbismarck und des neuen Eisenbahnbismarck, so drastisch und auch für jeden Laien verständlich in die Augen springen. Es sind aber leider nicht bloß so verhältnißmäßig unbedeutende Gegenstände wie die ungarische Weintraube, wo diese Politik ihre schädlichen Wirkungen äußert.

Man erwartet den Zusammentritt des preussischen Landtages gegen die Mitte der dritten Novemberwoche. Die Session verspricht wiederum bis gegen den Februar zu dauern. Außer einer größeren Zahl von Justizvorlagen — zur abschließenden Vorbereitung der neuen Organisation — werden die Culturkampfdebatten in anscheinend unverminderter Stärke einen Hauptbestandtheil der Verhandlungen ausmachen. Ja, man erwartet vom Centrum ganz besondere Anstrengungen, da den Führern daran gelegen sein muß, bei ihrer gläubigen Masse den unverkennbaren Eindruck zu verwischen, den der im Reichstage erhobene Vorwurf des inneren Zwiespalts zwischen Rom und der Fraction im Lande gemacht hat. — Durch die in Aussicht stehenden Eisenbahnvorlagen Maybach's wird dann auch die Frage der Reichseisenbahnen und generell das Staatsbahnsystem wieder in die Debatte gebracht. Ebenso werden die im vorigen Jahre schon vom Fürsten Bismarck im preussischen Abgeordnetenhanse herangezogenen Differentialtarife unausbleiblich wiederkehren. Da ist denn ein lange Session selbstverständlich.

Ein als inspirirt anzusehender Berliner Brief der „Pol. Corr.“ äußert die Ansicht, Deutschland werde schwerlich einem Versuche beitreten, die Durchführung des Berliner Vertrages zu erzwingen. Es hätte sich in erster Linie gegen die Türken und erst in zweiter gegen die Russen zu wenden, die aus den Fehlern der Türken die ihnen zu-